

Ressort: Politik

Schwesig bekräftigt Forderung nach Ausgleich von Gehaltsunterschieden

Berlin, 19.03.2015, 16:18 Uhr

GDN - Familienministerin Manuela Schwesig hat ihre Forderung bekräftigt, per Gesetz Einkommensunterschiede zwischen Männer und Frauen auszugleichen. "Unterschiedliche Bezahlung für gleiche Arbeit darf es künftig nicht mehr geben", sagte Schwesig der "Bild" (Freitag).

Ansatzpunkt des Gesetzes sei, Frauen in Berufen zu helfen, die üblicher Weise schlechter bezahlt werden als typische Männerberufe. "Wer in einem Pflege-Job Menschen hebt, wird schlechter bezahlt als jemand, der Steine hebt", beklagte Schwesig. Deshalb müssten Beschäftigte ein Auskunftsrecht über die Gehaltsunterschiede in ihrem Unternehmen bekommen. "Es wird künftig nicht möglich sein, das Gehalt des Kollegen einzeln zu erfragen", erklärte die Ministerin. "Aber es soll möglich sein zu prüfen, ob die eigene Einstufung in einer vergleichbaren Gruppe erfolgt ist." Laut Statistischem Bundesamt verdienen Frauen in Deutschland 22 Prozent weniger als Männer.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-51645/schwesig-bekraeftigt-forderung-nach-ausgleich-von-gehaltsunterschieden.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619